

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur *Janny Michalek*.  
Wien I., Neues Rathaus.

u s g a b e .

21. Jahrgang Wien, Dienstag, 31. Dezember 1918. Nr. 505.

**Erweiterung der städtischen Berufsvormundschaft.** Ab 1. Jänner erweitert das städtische Jugendamt seine Berufsvormundschaft in der Weise, dass es nicht nur im 14. und 16. Bezirk (wie bisher) die Berufsvormundschaft über alle unehelichen Kinder ausübt, sondern dass von diesem Zeitpunkte an auch in den Bezirken 3., 11., 12., 13. und 15. diese Vormundschaft übernimmt. Eine Reihe weiterer Bezirke, insbesondere solche mit Arbeiterbevölkerung, werden in der nächsten Zeit folgen.

**Abgabe von Wohlfahrtsfleisch.** Mit Genehmigung des Staatsamtes für Volksernährung wird in der 86. Woche an die Besitzer der rosafarbenen Einkaufsscheine für jeden Kopf 1/8 kg Wohlfahrtsfleisch zum Preise von 1 K gegen Abtrennung der Abschnitte 25 und 26 in den bekannten Ständen und Geschäften der Wroesslschlöcherer an folgenden Tagen abgegeben werden: Donnerstag, 2. A bis F, Samstag, 4. G bis K, Sonntag, 5. L bis R und Dienstag, 7. S bis Z.

2. Ausgabe.

21. Jahrgang Wien, Dienstag, 31. Dezember 1918. Nr. 506.

**Neujahrgratulationen im Rathaus.** Heute erreichten eine Reihe von Korporationen beim Bürgermeister Dr. Weiskirchner um ihm ihre Neujahrswünsche zum Ausdruck zu bringen. Vorerst erschien das Präsidium des Bezirkschulrates, bestehend aus dem VB. Hess, dem gewesenen Bezirksvorsteher Dr. Matthis, und Magistratsrat Paul. Diesen schloss sich die Bürgervereinsigung an, mit ihrem Präsidenten Brauneiss und den Vorstandsmitgliedern Rott, kaiserlichen Rat Huschauer und Pichler. Dann erschien das Exekutivkomitee und der Verwaltungsrat der Ersten Wiener Walzmühle Vonwiller & Co. A.G. und der städtischen Brotfabrik A.G. und zwar Generaldirektor Resch, Magistratsrat Dr. Rosskopf, Lagerhausdirektor Dr. Nübel.

Weiters erschien das Präsidium des Bürgerklubs und zwar der Obmann GR. Regierungsrat Schmid, Landesrat Kunschak, die StR. Agermayer und Brauer, die GR. Leitner und kaiserlicher Rat Philp, sowie Sekretär Chefredakteur Sonnensteiner.

Regierungsrat Schmid hielt an den Bürgermeister eine längere Ansprache, in welcher er ausführte:

Das Jahr 1918 gehört zu den verhängnisvollsten, welche in der Geschichte Oesterrechs verzeichnet sind. Entbehrungen und Lebensmittelnot in Permanenz, unerwartet trauriger Ausgang einer bis zum Schluss erfolgreich geführten Kampfes; der nicht auf dem Schlachtfelde, sondern durch Zermürbung der Fronten vom Hintertande aus verlorene Krieg, der Zerfall des alten Reiches in eine Anzahl von nationalen Republiken, der Umsturz alles Bestehenden, das sind die Zeichen des Jahres 1918. An seinem Schlusse als Folge des bitteren Waffenstillstandes ein überstürztes regelloses Durckfluten von Hunderttausenden aus dem Süden und Osten in die Heimat. Statt freudigen Willkommen fanden diese Hunderttausende auf ihrem Marsche Feinde statt Brüder. Auf den Eisenbahnen wurden sie in Ungarn, wie in Mähren und

Böhmen, sowie in Krain u. s. w. ihrer Habe beraubt, ja oft gänzlich ausgeplündert. Hungrig und entkräftet, ohne Mäntel und Schuhe trafen sie in ungeordneten Scharen in Wien ein. Für ihre Ernährung war seitens der Armeeverwaltung keine Vorkehrung getroffen worden, ihre Verpflegung musste daher auf Rechnung des Zivils erfolgen und so stieg die Lebensmittelnot in Wien auf den Höhepunkt. Dazu kam, dass der Winter eingebröckelt war, aber keine Kohle angeliefert wurde. Wien war tatsächlich der Hungersnot und dem Erdrienen ausgesetzt, wenn nicht rasch Hilfe kam. Wenn unsere Stadt in dieser entsetzlichen Not standhalten konnte, so danken wir dies hauptsächlich Dir, hochverehrter Herr Bürgermeister, der Du unverzagt und mit eiserner Energie das Recht der Bevölkerung auf Lebensmittel und Kohle bei den Regierungen verfochten, um jeden anrollenden Waggon gekämpft hast und schliesslich, wenn alles Bemühen gescheitert war, immer wieder aus den Vorräten der Gemeinde soviel an die Bevölkerung verteilen konntest, um der äussersten Not zu steuern!

Freilich war das immer nur Hilfe für den Augenblick und die Approvisionnementsschwierigkeiten bestehen noch weiter. Allein es zeigt sich bereits ein Hoffnungsschimmer in der rührenden Hilfsbereitschaft der Schweiz und in der Intervention der neutralen Gesandten, welche Du angerufen hast. Es ist uns Hilfe zugesagt und wir können mit Berechtigung auf eine Besserung der Situation rechnen. Ist einmal die Knappheit der Lebensmittel überwunden, dann wird auch bald ein Abbau ihrer Preise eintreten und es wird in unserer hartgeprüften Stadt wieder erträgliche Lebensverhältnisse geben. Das neue Jahr wird also gewiss besser sein, als das verfllossene, vor allem auch deshalb, weil es uns den Frieden bringt. Freilich wissen wir nicht, wie dieser Frieden aussehen wird.

Wenn man helfen will, muss man vor allem klar sehen und sich fragen, was wird aus Wien, welches nicht mehr Haupt- und Residenzstadt eines grossen Reiches, sondern nur die erste Stadt eines recht kleinen und armen Deutschösterreichs ist, dessen Umfang nach täglich kleiner wird infolge der Unersättlichkeit der Staaten, welche sich auf den Trümmern des alten Oesterreiches gebildet haben. Die industriereichen Gebiete Deutschböhmens, Mährens und Schlesiens werden von den Tschechen und Polen besetzt, ebenso die reichen Steinkohlen- und Braunkohlenlager dem Staate Deutschösterreich strittig gemacht. Alle diese Grossindustrien und Bergwerksbetriebe etc. hatten bis jetzt ihre Generaldirektionen in Wien, ebenso hatten die Eisenbahnen ihre Zentralen hier; sie zahlten daher auch den grössten Teil ihrer Erwerbsteuer in Wien und die Gemeinde erhob davon ihre Zuschläge. Durch die Auflösung dieser Wiener Zentralen und durch die Verlegung der Direktionen nach Prag, Brünn, Laibach, Krakau u. s. w. erleidet die Stadt Wien einen riesigen Schaden, der sich noch gar nicht abschätzen lässt. Der Staat Deutschösterreich und seine Hauptstadt Wien können sich von diesem Schaden nur erholen, wenn bald und ausgiebig an die Schaffung neuer Industrien auf Heimatsboden geschritten wird und wenn das heimische Gewerbe energisch und zielbewusst gefördert wird. Hierzu ist die Erzeugung elektrischer Energie aus unseren Wasserkraften eine strikte Notwendigkeit. Die Kohlen werden uns von unseren Nachbarn immer teurer und knapp geliefert werden. Eine neue Industrie verträgt <sup>aber</sup> keine <sup>also</sup> und knappe Brennstoffe nicht. Hier hilft für uns nur die Weisse Kohle

Eine weitere Aufgabe wird es sein, Wien zu einer Fremdenstadt ersten Ranges zu machen. In diesem Behufe müssen unsere Theater und Konzertunternehmungen im grossen Stile gefördert, aber auch reformiert und veredelt werden; denn mit solchen Operetten werden wir Wien nicht zu einer Weltkunststadt machen können. Unsere Kunstausstellung und Museen müssen ausgiebig gefördert werden; wir haben ja herrliche Sammlungen in Wien, sie sind nur zu wenig bekannt. Unsere Hochschulen, Kunstschulen, Musikschulen, Bibliotheken und wissenschaftlichen Institute müssen ausgestaltet werden, vor allem aber für Wien günstige Verkehrsverhältnisse, also gute <sup>Verkehrsmittel</sup> und Schiffsverbindungen geschaffen werden; unsere herrliche landwirtschaftliche Umgebung und die architektonischen Reize unserer Stadt, besonders die Reste von Alt Wien, welche unbedingt erhalten werden müssen, werden denn das Uebrigste tun, um uns einen grossen Fremdenzuzug zu ermöglichen. Das Alles sind natürlich Aufgaben der Zukunft; sie können im kommenden Jahr höchstens angebahnt und <sup>vorberührt</sup> nicht aber durchgeführt werden.

Wir legen alle Aufgaben, welche für das Schicksal Wiens ausschlaggebend sind, getrost in Deine Hände. Wir sind überzeugt, Du wirst Dich in gewohnter Hingebung widmen, mit gewohntem Geschick und Energie wirst Du sie lösen und meistern! Es ist nur eins noch notwendig, dass unser Herrgott Dich schütze, Dir Deine Gesundheit und Kraft bewahre. Wenn denn noch der voraussichtlich günstiger Ausfall der Wahlen die Reihen unserer Partei verstärken wird und Dir dadurch ein mächtiger Rückfall geboten ist, dann wird Dir in Deinem Bestreben Wiens Zukunft zu sichern und seine vielgeprüfte Bevölkerung zu neuem Wohlatande zu bringen, nichts in Wege stehen können. In diesem Sinne bringe ich Dir, Hochverehrter Herr Bürgermeister, sowie Deine beiden getreuen Mitbürger Hoss und Rain die herzlichsten Glückwünsche des Bürgerklubs dar, gleichzeitig mit der Versicherung, dass wir alle stets in unbedingter Treue zu Dir stehen, um Dich mit allen Kräften unterstützen werden. Einer für alle und alle für Einen, so soll und wird es auch im Jahre 1919 gelten für Bürgermeister Dr. Weiskirchner und den Bürgerklub.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwiderte: Der verehrte Obmann hat ein weitausegreifendes Programm in markigen Zügen entwickelt; dem ich nichts hinzuzufügen habe, als den einen Wunsch, dass uns der liebe Gott alle erhalten möge, um es auch durchführen zu können. Schon heute regt sich aller Orten das Bestreben, die Partei zu verleumden und zu besudeln. Ich verwahre mich auf das entschiedenste dagegen, dass je im Rathause eine Kriegsgetzte getrieben wurde. Im Gegenteil gerade hier wurde jede Möglichkeit zur Friedensbetätigung aufgenommen und nachdrücklichst unterstützt und gefördert. Durch die ganzen 4 Kriegsjahre haben wir nicht mit einer Handlung oder einem Wort auf einen Siegfrieden hingedeutet, sondern stets nur einen ehrenvollen Frieden im Interesse der Bevölkerung erstrebt. Auch dagegen verwahren wir uns, dass wir uns mit irgend einem Vorbehalt der Republik angegeschlossen haben. Wenn nur alle anderen es damit ebenso ehrlich und aufrichtig meinen würden. Aber nur zu einer freien demokratischen Republik haben wir uns bekannt, wo jeder tatsächlich die frei Entwicklungsmöglichkeit gewährleistet hat. Gegen eine proletarische oder sozialistische Republik werden wir parteimässig mit allen Mitteln kämpfen, denn wir wollen

die Freiheit auch für uns und unsere Kinder. Wir ziehen hoch erhobenen Hauptes in diesen Kampf, in dem Bewusstsein, unseres reinen Gewissens und im Gedenken an all das, was wir im Kriege für unser Volk geleistet, wenn uns auch die ungezählten Tage schwerster Borge niemand danken wird. Ein tränenreiches Jahr sinkt in den Grund der Ewigkeit hinab und wir stehen an der Schwelle eines neuen. Der Mensch ist geneigt, immer wieder zu hoffen und so gebe es Gott, dass sich die Hoffnungen, die wir alle an das neue Jahr haben, erfüllen mögen, Uns aber bleibt der Kampf, unser sind weiter die Mühen und Sorgen, die wir gerne bestehen wollen, als Mandatäre des deutschchristlichen Volkes.

Nun erschien noch die städtische Beamtenschaft und zwar in ihrer Vertretung Magistratsdirektor Pawelka mit den Oberbeamten des Magistrates und den Direktoren der städtischen Unternehmungen. Hierbei hielt Magistratsdirektor Pawelka an den Bürgermeister eine Ansprache, in welcher er unter anderem ausführte: Weittragende Umwälzungen haben sich im abgelaufenen Jahre binnen wenigen Tagen vollzogen wie sie sonst in Jahrzehnten nicht erfolgt sind. Die eine Sorge aber ist der Gemeinde geblieben, die Sorge um die Ernährung der Bevölkerung. Und immer wieder hat der Bürgermeister mit bewunderungswürdiger Tatkraft restloser Energie und fester Entschlossenheit eingegriffen, um die Leiden der Bevölkerung zu mildern, sie vor dem äussersten zu bewahren. Hiefür ist die Bevölkerung dem Bürgermeister

zu höchstem Danke verpflichtet und als Teil der Bevölkerung mache sich die Beamtenschaft zum Dolmetsch dieses Dankes. Das Beispiel des Bürgermeisters werde der Ansporn für die städtische Beamtenschaft bleiben ihr ganzes Können und Wissen einzusetzen im Dienste der Gemeinde und damit der Bevölkerung. Er spreche auch den Dank aus für die warmherzige Fürsorge, welche der Beamtenschaft stets zugewendet wurde und welche oft bis an die Grenze der Leistungsfähigkeit gegangen sei. Wenn wir auch noch in schwerer Bedrängnis leben, so zeigen sich doch bereits einige Lichtblicke. So habe die unermüdete Tatkraft des Bürgermeisters die edle Hilfsbereitschaft der Schweiz gewonnen und die Bereitwilligkeit der Entente gezeigt Lebensmittel für Wien zu liefern. Es sind diese die ersten Anzeichen dafür, dass die Gefühle des Hasses und der Feindschaft dem Geiste des Persönlichen zu welcher beginnt. Eine solche moralische Aufrichtung tue auch der Bevölkerung not, denn noch bleiben schwere Zeiten zu ertragen und lastet die Ungewissheit für der Zukunft auf uns allen. Die Beamtenschaft aber darf nicht wankend werden in dem Glauben an eine glückliche Zukunft Wiens und die Kraft seiner Bevölkerung sich diese Zukunft zu schaffen. Brot, Arbeit und Verdienst und soziale Fürsorge müsse das Programm der Zukunft sein. Die Beamtenschaft wünsche von ganzen Herzen, dass der Bürgermeister auch bei diesem neuen Aufstiege der Stadt mit sicherer und rüstiger Hand am Steuer der Gemeinde stehen möge.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner sprach vorerst der Beamtenschaft den innigsten und herzlichsten Dank für ihre Treue und hingebungsvolle Mitarbeit aus. Er sei sich wohl bewusst, der Sorge und Mühe, deren sich jeder einzelne unterziehen musste, und wenn er unter der Last dieser Jahre nicht zusammengetrieben sei, so danke er dies den Umständen, dass wenigstens ein Teil dieser Last von der Beamtenschaft mitgetragen wurde. Tauschen wir uns aber nicht

Schiffbruch zu fotten, was gerettet werden kann. Dies ist aber kein Grund zur Verzweiflung, denn wir repräsentieren ein Gemeinwesen, das an historischen und kulturellen Werten reich ist und in dem viel schaffendes Bürgertum wohnt. Unsere nächste Aufgabe aber ist und bleibt Arbeit zu schaffen, damit das Gesperrt der Arbeitslosigkeit getanzt werde.

Stets der Bürgermeister, dass auch das Jahr 1919 noch immer in der Geschichte der Stadt Wien und der Menschheit ein Jahr sein werde, das an Aufregungen und Sorgen beschweren und Kummerlagen noch seine Redlichen Anteil habe. Wir gehen einer schweren Zukunft entgegen, denn ein Aufstiege der Stadt ist in der nächsten Zeit noch nicht zu

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien alles Gute zum neuen Jahre und rechne auf Ihre treue Mitarbeiterschaft auch im kommenden Jahr!

Bitte ich, dass diese Schweinerei endlich beseitigt wird.

VB. Reum anerkennt in seinem Schlussworte, dass die Strassenpflege viel zu wässchen übrig lässt und es daher Aufgabe der Zukunft sein wird, das Möglichste zur Lösung dieser Frage zu unternehmen. Er bezeichnet die schwere Belastung durch die Militärtaute, sowie die Stillage der Schotterbrücke, die Unmöglichkeit Asphalt und Stäckelpflaster während der Kriegszeit zu beschaffen, als die eigentlichen Gründe. Was die Kehrrichtabfuhr anbetrifft, hat der Gemeinderat im Jahre 1914 die probeweise Abfuhr mit dem Kastensystem im 8. und 17. Bezirk beschlossen, doch scheiterte dieser Beschluss an der Unmöglichkeit, Eisenblech herzubekommen. Er begrüsst den Antrag Emmerling wegen der Zentralisierung der Strassenpflege und erwähnt, dass für die Strassenpflege bereits 80 Millionen Kronen, davon schon 50 Millionen vor 5 Jahren zur Verfügung stehen und dass die Gemeinde Wien nun selbst Kolbstäckelpflaster erzeugen wird. Dem Uebstbuden muss abgeholfen werden, auch aus dem Grunde, um Arbeit und Verdienst für Arbeitslose zu schaffen.

GR. Högl berichtet tatsächlich, dass noch ein Teil der Abfertigungstische am Laaerberg nicht zugeschüttet sei. VB. Jain: Das wurde ja zugestanden. ) und dass die Zuschüttung des anderen Teiles nur den fortwährenden Bemühungen des VB. Reumann zu verdanken sei. Bei der Abstimmung wurde der Antrag einstimmig angenommen, der Zusatzantrag Emmerling, genügend unterstützt an den Stadtrat geleitet.

Stk. Dechant beantragt dem Pächter des städtischen Volksrestaurants Krapfenwaldl zu gestatten, das Volksrestaurant ab 1. November 1918 für die Dauer des Lebensmittelmangels nur an Sonn- und Feiertagen offen halten zu dürfen.

GR. Freyer fordert, dass die Angestellten des Krapfenwaldl durch die Betriebsbeschränkung nicht um ihre Existenz. Der Stadtratsantrag wird schon angenommen.

GR. Pick stellt den Antrag, den Ankauf von Baumwollstoffe für Säuglingswäsche von der Baumwollzentrale im Betrage von 40.000 durch das städtische Jugendamt zu genehmigen und das Jugendamt zu beauftragen, die übernommenen Stoffe, soweit sie für Säuglingswäsche minder geeignet sind, dem städtischen Wirtschaftsamt zu übergeben, von welchem ihm für Säuglingszwecke geeignete Stoffe auszufolgen sein werden.

GR. Reum freundlich: Es wäre notwendig gewesen, dass das städtische Jugendamt und das Wirtschaftsamt im Vorhinein, solange noch Wäschebestände zu haben waren, Vorräte angekauft hätten, damit nicht Fälle vorkommen, dass Frauen mit Kindern die nur in Zeitungspapier und in ein Tuch eingewickelt sind, in die Mutterberatungsstelle kommen, weil sie keine Säuglingswäsche bekommen können. Im Schleichhandel kostet jetzt ein Windel 50 Kronen. Es wäre auch notwendig, dass die Gemeinde Wien sich unmittelbar an die Hauptanstalt für Sachdemobilisierung wendet, dass sie von dem angeblich 27 Millionen beschlagene Wäsche eine entsprechende Zahl anspricht, damit sie in den Nähstuben der verschiedenen Fürsorgeaktionen umgearbeitet werden. Die Fürsorge der Wäschebeschaffung für Säuglinge und Kleinkinder und die Beschäftigung der arbeitslosen Frauen soll Hand in Hand gehen. Das städtische Jugendamt und das Wirtschaftsamt sollen im Verein mit der Frauenhilfsaktion und der Fürsorgezentrale im Rathause eine solche Aktion in die Wege leiten, um möglichst rasch Wäsche für Säuglinge und Kinder zur Verfügung zu stellen. Die Angelegenheit ist eine dringliche.

GR. Dr. Löwenstein: In der Baumwollzentrale sind gegenwärtig noch 200.000 Meter Kaliko vorhanden, welche als Säuglingswäsche Verwendung finden könnten. Für 10.000 Säuglinge im Jahre 1919, welche die Kriegspatenschaft zu versorgen hat, würden 40.000 Hemden und 20.000 Unterlagen benötigt. Es sollen sobald als möglich die Hemden gepflogen werden, um die Stoffe der Baumwollzentrale sicherzustellen.

GR. Moigl: Nicht allein in der Baumwollzentrale sind große Vorräte, sondern auch in den militärischen Magazinen. Im Militärbettenmagazin sind mindestens 100.000 von Leintüchern. In dem Militärsdepots liegen 30.000 Roohaarstratzen, es sollen endlich die militärischen Vorräte beschlagnahmt werden, da mit nicht alles verschleppt wird, oder ein Feuer ausbricht wie im Arsenal. Nur die Aere des Diebstahls am Volksvermögen ist aufrecht geblieben. Er ersucht den Referenten sich für die Vorräte im Militärbettenmagazin zu interessieren, und die Beschlagnahme zu veranlassen.

StR. Pick erklärt in seinem Schlussworte, dass dieser Appell an ihn nicht an die richtige Adresse geleitet sei; das Jugendamt und Wirtschaftsamt werden den Lauf der Debatte verfolgen und realisieren.

Vize-Bürgermeister Reumann: Die Anregungen, die in der Debatte fallen, werden stets sehr genau geprüft und es wird stets das Geeignete veranlasst um etwaige Vorräte erfassen und der Bevölkerung zuführen zu können.

Der Stadtratsantrag wird hierauf angenommen.

Nach einem Antrag des Gr. Regierungsrat Schmitz wird die Übernahme der Strassenpflege auch des 11. Bezirkes in die magistratische Eigenregie beschlossen.

Stadtrat Schwer: beantragt die Bewilligung eines weiteren Vorschusses von 40000 Kronen zum Ankauf von Lebensmitteln für die städtische Feuerwehr und begründet seinen Antrag damit, dass die von Feld zurückgekehrten dem Stand bedeutend erhöht haben und Wintervorräte anzuschaffen sind, für die mit dem im Juli bewilligten 20000 Kronen nicht das Auslangen gefunden wird.

GR. Weigl: Wir sind selbstverständlich dafür, dass dieser Betrag als Voranschuss zum Lebensmitteleinkauf gewährt wird. Ich möchte aber die Gelegenheit nicht verübergehen lassen, hier zu betonen, dass auch bei der Feuerwehr ein moderner Geist einziehen sollte. Sie hat noch 72 Dienststunden ungeteilt. Ausserdem herrscht bei der Feuerwehr noch der militärische Drill in ausgedehnter Masse, der endlich auch verschwinden muss. (Widerpruch beider Christlich sozialen) Wir sind überzeugt, dass eiserne Disziplin nötig ist, das ist aber etwas anderes wie Drill. Auch in der ärztlichen Behandlung muss Abhilfe geschaffen werden, die Kranken sind nicht nur Hauptwache zu bringen, sondern müssen in ihrer Wohnung ärztlich untersucht werden. Auch das System des Pfeifendeckels muss aufhören für den ein anderer Mann den Dienst machen muss, während der andere Grünzeug einkaufen geht. Weiters wünsche ich, dass man der Mannschaft, wenn sie nachts von grossen Feuern weckhört, wenigstens etwas gibt, damit sie nicht mit leeren Magen weiter Dienst machen muss, etwa einen warmen Tee und eine Zubusse für die Nacht.

Bgm. Dr. Weiskirchner: Ich beehre mich mitzutheilen dass dem Gemeinderate in einer der nächsten Sitzungen Anträge unterbreitet werden, die sich mit den berechtigten Wünschen der städtischen Feuerwehr befassen.

Bei der Abstimmung wurde der Referentenantrag angenommen.

StR. Spalowsky beantragt zur Linderung der Möbelnot, im Wege der Lieferungsvergebung einer entsprechenden Anzahl von Einrichtungen für die unbemittelten Schichten der Bevölkerung und unter Einrichtung eines gemeinnützigen Abzahlungsverganges einen Kredit von 500.000 Kronen vorbewilligen.

GR. Karl Richter bemerkt, die Aktion müsse so durchgeführt werden, dass sie nicht etwa eine Aktion für die Gewerbetreibenden und Händler bedeute. Die Gemeinde müsse ihren Einfluss dahin aufwenden, dass jene Betriebe, welche mit der Ausführung betraut werden, auch die tarifmäßigen Bedingungen hinsichtlich der Entlohnung der Arbeiter einhalten. Er wünscht ferner, dass die Einrichtungen künstlerisch einwandfrei hergestellt werden.

GR. Bermann wünscht, dass auch die Privatangestellten in diese Notstandsaktion einbezogen werden.

Berichterstatter StR. Spalowsky bemerkt, dass hinsichtlich der Abgabe noch ein neuerliches Referat dem Gemeinderate vorgelegt werden wird. Er erklärt ferner, dass zu den Vorverhandlungen auch der Vertreter eines Arbeiterkonsumtensvereines beigezogen war.

Bgm. Dr. Weiskirchner übernimmt den Vorsitz.

Die auf der Tagesordnung stehende Wahl von 4 Aussüssen wird nach eingeholter Zustimmung des Gemeinderates nicht mittels Stimmzetteln, sondern durch Zuruf vorgenommen.

GR. Spalowsky legt den Geschäftsbericht des Arbeiterfürsorgeamtes der Stadt Wien für das Jahr 1918/19 vor und beantragt der Direktion die Genehmigung zu erteilen, die folgenden Berichte bis auf weiteres in ihrem Umfang auf die zur Übersicht über die Tätigkeit des Amtes unumgänglichsten Daten einzuschränken.

GR. Freyer: Ich möchte zum Bericht, soweit er sich auf die Dienstvermittlung bezieht, einiges sagen. Der Referent hat auf den Rückgang des Hauspersonales hingewiesen andererseits klagen die Hausfrauen, wie schwer es ist, eine Hausgehilfin zu erhalten. Worin liegen die Gründe? In dem Umstand, dass sich vieles der Industrie zugewandt hat, allein sind sie nicht gelegen, denn auch vor dem Kriege war dieselbe Klage. Es ist notwendig, vorurteillos einiges aus dem Bericht herauszugreifen, vielleicht finden wir die Gründe. Wir sehen, dass es im Berichte heisst, wie die durch schrittlichen Monatslöhne gestellt wurden, die das Amt anbot. Wenn man diese anschaut und selbst Hausfrau ist, ist man ganz starr und fragt sich, wie ist es möglich zu löhnen, wie sie angegeben sind, Hauspersonal zu bekommen. Es ist daher kein Wunder, dass in der städt. Vermittlung das Angebot von Stellensuchenden in solcher Weise zurückgegangen ist. Es ist unmöglich, dass eine Hausfrau mit 5 gesunden Sinnen den Einfall hat zu solchen Löhnen ein Mädchen zu bekommen und kein Mädchen wird einen solchen Post bei dieser Bezahlung annehmen. Die städt. Vermittlung muss unter solchen Umständen zurückgehen, und das Überwuchern der privaten Vermittlungen, die beide Teile ausbeuten ist selbstverständlich. Wir müssen einen Ausweg suchen. Auch das Staatsamt für soziale Fürsorge beschäftigt derzeit die Dienstmädchensorge, vor allem die Dienstmädchen, die während der Kriegsjahre in der Industrie arbeiteten wieder zu ihrem Berufe zurückgeführt werden können. Ich glaube daher, dass es auch der Stadt Wien würdig wäre, mit allem Ernst an die Lösung des ganzen

Problems zu gehen. Man kann nicht sagen, es gibt keine Dienstboten, oder man kriegt keinen anständigen Dienstboten. Die Dienstboten sagen dasselbe von manchen Frauen. Wir müssen uns in der Gemeinde Wien damit befassen, wie man die konzessionierten Stellenvermittlungen beseitigen kann, zu Gunsten einer auf modernen Grundsätzen beruhenden Institution, an deren Verwaltung Dienstgebetinnen und Hausgehilfinnen vertreten sein sollen, damit beide zusammen die obschwebenden Klagen und Beschwerden besprechen und durch Vereinbarung beseitigen können. Ich bin daher für die Abschaffung der privaten Vermittlungen, für den Ausbau der städtischen in moderner Weise und für Begegnung des Problems der Dienstbotenfrage in geeigneter Weise. Die Gemeinde Wien ist zwar an den Landtag gebunden, doch da die Reform von 1910/11 nur ein ganz kleines Hilfsmittel blieb, wird ihr nichts anderes übrig bleiben, als sich aufzuraffen zur Regelung der Dienstbotenordnung mit gleichzeitiger Regelung der Arbeitszeitbegrenzung. Aber auch die Hausfrau muss belehrt werden, dass das Dienstmädchen von heute ein anderes ist, wie vor 20, 30 oder 40 Jahren, sie muss auch entsprechend behandelt werden. (Zwischenruf des Gr. Forstner „Lasttiere“) Ich will nicht so krasse Ausdrücke gebrauchen, die überlassen ich den Zwischenrufern. Ich stelle daher den Antrag. Der Stadtrat wird beauftragt unter Zuziehung der weiblichen Gemeinderäte, wir haben leider nicht die Ehre im Stadtrat zu sein, (GR. Melcher: Wird schon kommen, es geht langsam aber sicher.) einen Vorschlag zur Reform des Dienstbotenwesens auszuarbeiten und dem Gemeinderate vorzulegen. Es wäre gut uns an den Beratungen des Stadtrates beiwohnen zu lassen, damit im kleineren Kreise alle Einzelheiten besprochen und dann mit einem fertigen Vorschlag vor das Plenum getreten werden kann. Es ist nicht nur im Interesse der Hausgehilfin, auch im Sinne der Haushaltungen gelegen, dass auf diesem Gebiet vorbildlich und grosszügig gearbeitet wird.

GR. Schorf: Wir verstehen unter Arbeiterfürsorge, etwas anderes, als die jetzt bestehende Arbeitsvermittlung. Dieses Amt hätte auch die Verpflichtung zur Durchführung der Arbeitslosenunterstützung. Wir haben in Wien rund 35.000 Arbeitslose, die durch Beschluss des Stadtrates unterstützt werden. Diese kann aber nur eine vorübergehende sein und es muss eine durchgreifende Arbeiterfürsorge Platz greifen. Wenn die Notstandsarbeiten auch jetzt wegen Material und Kohlenmangel nicht durchgeführt werden können, so müssen sie doch schon jetzt vorbereitet werden. Der Redner stellt den Antrag: 1.) Der Gemeinderat beschliesst zur Inangriffnahme von Notstandsarbeiten ein Komitee einzusetzen, das aus Gemeinderäten und Vertretern der Gewerkschaften zusammengesetzt ist. 2.) Das Komitee wird beauftragt, im Einvernehmen mit dem Magistrat einen Plan für die vorzunehmenden Notstandsarbeiten auszuarbeiten und dem Gemeinderat vorzulegen.

GR. Anna Strobl: Wir dürfen niemals einen Stand auf Kosten eines anderen protegieren. In welchem Verhältnis hat sich das Einkommen des Mittelstandes, des Gewerbestandes gesteigert, dass sie imstande sind, ihren Frauen ein Dienstmädchen zu halten? Mit dem Lohn allein ist

VB. Hoss beantragt den Magistrat zu beauftragen, die legislative Ermächtigung für die Forteinhebung der Wertwachsabgabe von Liegenschaften auf Grund der bisherigen Vorschriften zu erwirken.

GR. Dr. Granitsch: Ich habe mich zum Wort gemeldet, nicht um Einwendungen zuerheben, sondern im Hinblick darauf, dass der Referent darauf hingewiesen hat, dass es sich um keine Neuerung handle. Dieses Gesetz ist ein für einen Juristen einfach fürchterliches Ünding. Wir haben bereits über neu novellierte Vorlagen gesprochen die jedoch nicht zur Gesetzwerdung kamen. Unser jetziges Gesetz ist salopp, unklar und entspricht den Bedürfnissen nicht. Den Herrn Referenten möchte ich aufmerksam machen, wenn wir demnächst wieder an eine Neuvollierung schreiten, dass grössere Sorgfalt angewendet werde, um alle Bedenken, wenigstens teilweise zur Geltung zu bringen und ein Gesetz zu schaffen, das im Höchsten Masse eine Besteuerung des arbeitslosen Gewinnes darstellt. Nach dem Schlusswort des Referenten gelangt der Antrag zur Annahme.

VB. Rainberger berichtet über die Uebernahme der Strassenpflege der Bezirke 13, 18 und 20 in die Magistratische Eigenregie.

GR. Herrn: Eigentlich finde ich das langsame Entgegenkommen der Bezirksleitungen, da aus dem Referate zu entnehmen ist, dass der dritte, 5. und 9. Bezirk noch nicht der Zentralisierung angeschlossen hat, die das einzige Mittel ist, den skandalösen Zuständen in den Strassen Wiens ein Ende zu machen. Es ist eine Schande wie die Bevölkerung Wiens selbst die Strassen behandelt indem Papiere, Fruchtschalen und alles mögliche auf die Strasse geworfen wird, vornehmlich durch die Jugend und ich möchte bitten, dass insbesondere auf diese durch die Lehrerschaft gelehrt werden; ich verlange die eheste Einberufung des Strassenpflegeausschusses des Gemeinderates. Ferner habe ich in Erfahrung gebracht, dass unsere Schätzung viel zu wünschen übrig lässt und ersuche ich auch hierin um Abhilfe. Was die Kehrichtabfuhr anlangt, so haben während der 24 Jahre, während welcher ich dem Gemeinderate angehört 6 Bürgermeister bei ihrer Beerdigung versprochen die Kehrichtfrage ins Rollen zu bringen, aber wir haben noch immer recht klägliche Zustände. Herr Bürgermeister, Sie können sich unvergänglichen Ruf schaffen, wenn sie diese Frage lösen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Am liebsten möchte ich Ihnen, Herr Gemeinderat, die ganze Sache übertragen.

GR. Neustädler: Die Uebernahme der Strassenpflege durch die Eigenregie ändert nichts an den Strassenverhältnissen und ist nichts zu bemerken, ob es die Stadt selbst oder die Bezirksvertretung besorgt. Ich finde keinen Unterschied. Wir haben Anregungen über die Verwendung von abwässbarem Asphaltplaster gemacht und gefordert, bei Verwendung von Granitplastern die Fugen durch fest Bindemittel zu binden, doch ist in dieser Beziehung nichts geschehen.

Alles Reden im Gemeinderate war unnütz. Was die Hauskehrichtfrage anbelangt, ist sie als skandalös zu bezeichnen. Verschiedene Projekte wurden uns vorgelegt, keines aber bisher eingeführt. Man scheint über das Studium in dieser Sache nicht hinauskommen zu können.

Stadtbaudirektor Dr. Goldemann Will nicht beschönigen, dass die Strassen nicht in jenem Zustande befinden, in dem sie sich befinden könnten. Der Hauptgrund liegt im Mangel der Arbeitskräfte. Wir müssen von der Handarbeit zur maschinellen Arbeit übergehen, welche Frage nicht im Handumdrehen zu lösen ist. Die Geräte wurden zur Umarbeitung in eine Fabrik nach Berlin geschickt, da in Oesterreich eine solche Fabrik nicht besteht. Diese Arbeiten haben sich infolge des Krieges leider verzögert. Es geschieht alles mögliche, um über die Schwierigkeiten der jetzigen Tauperiode hindertreten. Wir waschen die Strassen, kehren sie mit Bürsten, fahren mit Spritzenwagen voraus, aber mit schlecht genährten Pferden und ohne Arbeiter kann man natürlich keine Wunder leisten. Es ist alles eingeleitet, um die Sache raschest besser zu machen. Das Personal, welches ständig bei uns tätig ist, wird auch mit Schuhen versehen.

GR. Emmerling: Die merkwürdige Art und Weise, mit der sich einige Bezirke wehren, die Strassenpflege in die Regie der Gemeinde abzugeben, veranlasst uns, gegen die Form zu sprechen, in der Sie uns den Antrag unterbreitet haben. Wir geben den Mangel an Arbeitskräften zu, es ist aber auch hier ein Mangel an Organisation zum Ausdruck gebracht. Es ist eine förmliche Systemlosigkeit, mit der die Strassenpflege durchgeführt wird. Ich stelle den Antrag: Alle mit der Strassenpflege, Strassensäubung und Kehrichtabfuhr in Verbindung stehenden Arbeiten sind ausschliesslich durch den Magistrat, bezw. das Stadtbauamt vorzunehmen. Der Stadtbaudirektor und das Stadtbauamt sind uns Bürgschaften genug, dass diese Arbeiten ordnungsgemäss durchgeführt werden.

Bgm. Dr. Weiskirchner: Der Antrag des Herrn Kollegen Emmerling kommt sehr zeitgemäß, da ich bei Neuregelungen der Bezirksvertretungen ohnehin willens war, die Sache so zu regeln, wie sie hier beantragt wird. (Rufe: Bravo, Na also!)

GR. Dr. Glasauer: Im 13. Bezirke wird es bedauert, dass die Strassenpflege dem Bezirksvorsteher abgenommen wird, Nicht so zufrieden wie mit der Amtsführung des Bezirksvorstehers sind wir mit dem Zustande einzelner Strassen, mit der Kanalisierung und mit dem Verkehr mancher Strassen, die einer Entlastung bedürfen. Wir wünschen, dass die Zentralisierung nicht eine Verschlechterung der Lage der Strassenarbeiter nach sich bringt.

GR. Amalie Seidel: Wir sind immer für die Uebernahme solcher Arbeiten in die Regie der Gemeinde, weil wir der Meinung sind, dass sie dann besser sein werden, als es jetzt der Fall ist. Es wurde behauptet, dass die Strassen gewaschen und gebürstet werden, das mag zutreffen im Rathausviertel und 1. Bezirk (Widerspruch), in den Aussensebezirken bemerkt man jetzt von einer Strassenreinigung und Strassenpflege überhaupt nichts. Wenn man in einem Bezirke wohnt, wo die Strassen

nicht gepflastert sind, kann man buchstäblich im Dreck erstickten. Ein noch skandalösere Kapitel ist das der Kehrichtabfuhr. Es wird die ganze Bevölkerung systematisch dazu erzogen und gezwungen, den ganzen Kehricht einfach auf die Strasse zu lehren. Außer dem Geldbriefträger wird kein Mensch so heiss ersehnt, als der Mistbauer. Es würde sich empfehlen, ein geeignetes System einzuführen, welches schon im Haushalt eine Teilung der Abfälle ermöglicht. Wir haben in Wien 2 grosse Mistablagungsstätten, eine bei der Donau und die andere im 10. Bezirke. Diese ist eine grosse Gefahr für die Bewohner dieses dichtbevölkerten Bezirkes. Es soll nicht der Mistbauer übrig bleiben als der ruhende Pol in der Erscheinung. Sie sollen sich mit der Frage beschäftigen, um Wien zu einer etwas gesünderen Stadt zu machen, als sie heute ist. (Lärm bei den Rednerankömmlingen)

GR. Lohner wünscht die baldige praktische Einführung des Koprophorsystems, für welches von der Gemeinde schon bedeutende Summen ausgeben wurden. Sollte sich ein besseres System finden, so wäre dann dieses einzuführen. Redner wünscht ferner beim Bau neuer Strassen hinsichtlich der Anlage von Rinnsalen das Pariser System einzuführen.

GR. Forstner bemerkt, es müsse endlich mit dem System gebrochen werden, Invalide und alte Leute, die sich für gar keine andere Arbeit mehr eignen, als Strassenkehrer zu verwenden. Es müssen junge Leute angestellt werden mit fixen Bezügen, Krankenversicherung etc. Eine Entlohnung von 10 Kronen pro Tag sei für die heutigen Verhältnisse zu gering. Der schlechte Zustand der Strassen werde jetzt, da der Verkehr so stark eingeschränkt ist, umso fühlbarer. Der Zustand, dass die Hausbesorger verpflichtet werden die Trottoire zu reinigen, müsse endlich am Ende haben. Schon beim Strassenbau müsse darauf geschaut werden, dass die Wölbung derart angelegt werde, dass der Fuhrwerksverkehr durch die Strassensäubung nicht erschwert wird. Redner erklärt schliesslich, Wien müsse nicht nur in der alten Schönheit erhalten bleiben, es müsse noch schöner und besser gemacht werden, damit es als Hauptstadt eines stark verkleinerten Reiches auch weiterhin ein Anziehungspunkt für den Fremdenverkehr sei.

Vize-Bürgermeister Reumann übernimmt den Vorsitz.

GR. Biber: Ich habe mich nur wegen einer tatsächlichen Berichtigung zum Worte gemeldet. Wenn die Frau Kollegin Seidl die Verhältnisse der Mistablagung im 20. Bezirk für Gut und im 10. Bezirk für nicht gut befand, ist gerade das Gegenteil der Fall. Wir hatten durch 10 Jahre lang eine grosse Plage im Bezirk mit der Mistablagung am Lasserberg. Ich vergönne der Frau Gemeinderat allen politischen Erfolg, aber wenn jemand nach den heutigen Worten nach Favoriten kommt, so findet er an Stelle einer Miststätte eine schöne Gartenanlage (so ist es). Ich konstatiere, dass dies den intensiven Bemühungen der Bezirksvertretung zu danken ist. Wenn noch ein Sechstel der ehemaligen Miststätte nicht reguliert ist, da sind daran die Kriegsverhältnisse schuld. Wenn die Verhältnisse in den inneren Bezirken bessere sind, als in den äusseren,

so kommt das daher, dass draussen die Strassen noch teilweise ungepflastert sind.

GR. Ignatz Fischer: Ich selbst bin für die Zentralisierung der Strassenpflege, da, wenn alles in Ordnung sein soll, die Leitung von einer Stelle ausgesetzt muss. Es würde hier viel vom Kot gesprochen, aber kein Redner hat die Ursachen erwähnt. Die Lage von Wien ist ungünstig. Wir sprechen aber immer von Paris, auch von Berlin. Es ist ein Unterschied, wenn eine Stadt in der Ebene liegt, ob auf 7 Hügeln wie Wien, so was ein einheitliches System nicht anwenden könnten. Asphalt wäre wohl das Ideal, doch wegen der Unbequemlichkeit in Wien nicht verwendbar. Da Granit viel Geld kostet, verwendet man Parkersorfer und Exalberger Schotter, das schlechteste Material. Ich empfehle, entweder Basalt oder einen Stein,

der sich bindet, damit keine feste Oberschicht, das besser nicht eindringen, sondern abirren lässt. Weiters empfehle ich Experimente mit Kleinschlagplaster. Bezüglich der Wurfplasterung ist auch der Mathausner Stein nicht zu verwenden. Will man also den Kot von den Strassen weg haben, so muss man die Strassen aus einem Material herstellen, wo der Schmutz nicht so eingreift.

GR. Folke: Was nützen alle Klagen, was nützen alle Vor schläge. Man muss einen Ausflug in den 13. Bezirk unternehmen und dort die skandalösen Zustände wahrnehmen, wobei allerdings zu bedenken ist, dass dieser Bezirk teilweise klandestinen Charakter hat. Inständigst und dringendst

GR. Herold interpelliert ebenfalls wegen der schlechten Wildversorgung Wiens.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwidert: Die k.k.n.ö. Statthalterei hat mit Verordnung vom 4. Oktober zur peinlichsten Ueberraschung der Gemeinde Wien, mit welcher vorher keinerlei Einvernehmen gepflogen, ja dasselbe offensichtlich vermieden wurde, eine eigene Wildübernahmestelle der Statthalterei in Wien errichtet und derselben die wildreichsten Bezirke Bruck a.d. Leitha, Floridsdorf Umgebung, Gänserndorf, Korneuburg, Mistelbach und Oberhollabrunn zugewiesen, aus welchen die städtische Wildübernahmestelle im Vorjahre 12.532 Hasen, 631 Rehe und 196 Hirsche bezogen hat, während aus den der städtischen Wildübernahmestelle verbleibenden Bezirken im Vorjahre bloß 2.077 Hasen, 543 Rehe und 48 Hirsche geliefert wurden. Da infolge des Ableitens der Wildseuchen aus Böhmen und Mähren, die Tätigkeit der städtischen Wildübernahmestelle durch diese Statthalterei Verordnung beinahe zum Stillstand gebracht wurde, hat die Gemeinde Wien wiederholt, zuletzt auch bei der neuen Landesregierung in entschiedener Weise die Aufhebung dieser neuen Wildübernahmestelle der Statthalterei verlangt, bisher jedoch ohne Erfolg. Begründet wird diese ablehnende Haltung mit der Behauptung, dass das sogenannte Pflichtwild nach dem Gesetze nicht zur Versorgung der Spitäler und ärmeren Bevölkerung, sondern zur Verteilung an Wohlfahrtseinrichtungen, insbesondere Kriegsküchen zu dienen hat, die städtische Wildübernahmestelle aber augenblicklich diese Aufgabe nicht erfüllt, sondern nur einmal dem Zentralverband der Gemeinschafts- und Kriegsküchen 6 Hirsche geliefert habe. Es mag dahin gestellt bleiben, ob die Verteilung der Kriegsküchen mit Wild überhaupt zweckentsprechend ist, Tatsache ist, dass sie auch von der neuen Wildübernahmestelle der Statthalterei bisher nichts erhalten haben, weil an diese bloß 268 Hasen, 4 Hirsche und 14 Rehe eingeliefert wurden, welche nicht ausgegeben, sondern im Kühlhause eingelagert wurden. Da die städtische Wildübernahmestelle aus den ihr verbliebenen Bezirken kaum 40 Hasen und einige Rehe erhält, so ist es natürlich, dass jedes Wild von den öffentlichen Märkten und bei den Wildbrethändlern verschwindet ist. Das Bestehen zweier amtlicher Wildübernahmestellen in Wien bei so geringen Kaltefängen ist daher jedenfalls ganz überflüssig. Die Hauptgründe der geringen Wildanlieferung sind darin zu suchen, dass das Wildererwesen sehr überhand genommen hat, dass bei den Jagden die Landleute und Arbeiter der Umgebung das anzuliefernde Wild unter Drohungen für sich in Anspruch nehmen und dass die gesetzlichen Vorschriften über die Ablieferungspflicht den Jagdherrn gegenüber von den Behörden viel zu milde gehandhabt werden.

BGM. Dr. Weiskirchner: Diese Angelegenheit fällt in den Wirkungskreis der Landesregierung und ich werde sie mit dem Landeshauptmann von Steiner besprechen. Die frühere Statthalterei hat eine Verfügung getroffen, mit welcher der Stadt Wien ein Jagdgebiet zur Versorgung der Stadt Wien mit Wild zugewiesen wurde, welches Jagdgebiet jedoch nur spärliche Wildmengen enthielt. Damals hat die Gemeinde Wien gegen diese Verfügung rekursiert, wir hoffen nun mehr eine günstige Erledigung.

GR. Ignatz Fischer stellt folgende Anfrage: Den Milchverschleisstellen würden zufolge Milchknappheit derart geringe Milchquantitäten zugewiesen, dass für Kinder über 2 Jahre keine Milch mehr übrig bleibt. Zur Bekämpfung dieses Uebelstandes empfiehlt es sich dringend, die Verschleisstellen einer schärferen Kontrolle nach der Richtung zu unterziehen, dass nach Beteilung der Kranken und Kinder bis zu 2 Jahren die eventuell verbleibende Milch nur an Kinder bis 2 Jahren verabfolgt wird.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner bemerkt, dass die derzeit für Wien verfügbare Milchmenge nur mehr 75.000 Liter täglich ausmache, und kaum ausreiche, um alle Kinder bis zum 1. Lebensjahre und die Schwervkranken mit den ihnen gebührenden Milchquantum zu versorgen. Ein Ueberschuss der für die Kinder vom 1. bis zum 2. Lebensjahre verteilt werden könnte, stehe daher in der Regel überhaupt nicht mehr zur Verfügung.

GR. Ignatz Fischer gibt in einer Interpellation die Anregung, der Bürgermeister möge den Lainzer Tiergarten und den Schönbrunner Fasangarten schleunigst für die Stadt Wien beanspruchen und durch Errichtung von Schweizer Meiereianlagen von Kolonien für den Mittelstand etc. für die Wiener Bevölkerung nutzbar machen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Wie schon die Zeitungen gemeldet haben, hat in der vorigen Woche beim Staatsnotar Dr. Sylvester eine Sitzung stattgefunden, in welcher über die Verfügung der nunmehr der Staatsregierung überlassen Krongüter beraten wurde. In dieser Sitzung habe ich mir erlaubt, Ansprüche der Gemeinde Wien zu erheben, insbesondere auf dem Lainzer Tiergarten. Es erscheint da aber auch andere Konkurrenten, welche ebenfalls Ansprüche erheben. Ich glaube, es werden sich Mittel und Wege finden lassen, um dieses grosse Areal so zu verwenden, dass sowohl die Interessen der Gemeinde Wien, als auch andere Interessen, Berücksichtigung finden. (Zwischenruf: Nur nicht zu spekulativen Zwecken!) Ausgeschlossen! Ich werde auch den Herrn mitteilen, dass gleichfalls wegen des Lustschlosses Schönbrunn, sowie des Fasangartens ebenfalls Verhandlungen bestehen und unser Kollege Winter wird nächster Tage Gelegenheit haben, das ganze Areal vom Standpunkt der Jugendfürsorge und für andere öffentliche Zwecke zu besichtigen. (Bravo!)

GR. Hohensinner stellt an den Bürgermeister die Anfrage, warum nach erfolgter Demobilisierung noch immer Schulen vom Militär in Anspruch genommen werden und wann die Räumung sämtlicher Schulen durchgeführt sein werde.

Der Bürgermeister erwidert, dass die Rückstellung der vom Militär in Anspruch genommenen Schulen und ihre Wiederverwendung für den Unterricht stets mit grösstem Nachdrucke betrieben wurde. Seit Anfang November d.J. wurden der Gemeinde wieder 15 Schulen rückgestellt und ist für die nächsten Tage die Rückstellung weiterer Schulen bereits angesetzt. Der Zeitpunkt der Räumung sämtlicher Schulen kann derzeit nicht angegeben werden, es wird jedoch alles darangesetzt, um alle Schulgebäude ehestens ihrem Bestimmungszweck zuzuführen.

GR. Philip verliest die eingelaufenen Anträge.

GR. Dr. Kienböck stellt folgenden Antrag: Der Bürgermeister wolle eine Kommission einsetzen, welche die

grosszügige Förderung des Hochschulwesens in Wien durch die Gemeinde zum Gegenstand haben und klarstellen soll, welche Aufgaben von der Gemeinde auf diesem Gebiet im Einvernehmen mit der Staatsverwaltung zu lösen wären. In Betracht kommen etwa: Beistellung von Grund und Boden, Gebäuden und sonstige Hilfsmittel für den Lehrbetrieb, Bibliothekswesen, Wohnungs- und Wohlfahrtswesen für Studierende, Kunstbetätigung, Sport. Wir entbehren bis anhin einer eigentlichen Handelshochschule jener umfassenden Art, wie sie die deutschen Handelshochschulen darstellen. Für die Stellung Wiens als Handelsstadt ist gerade diese Frage von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Was die Zusammensetzung der Antrag begehrt Kommission anbelangt, so erscheint die Beteiligung der Leistung der einzelnen Hochschulen sowie der Akademie der Wissenschaften und der grossen Sammlungen selbstverständlich; aber auch den Lehrkörpern und der Studentenschaft wird eine entsprechende Teilnahme zu sichern sein.

Die Gemeinderäte Kunschak, Dr. Glasauer stellen folgenden Antrag: Der Gemeinderat der Stadt Wien, als des grössten Industriezentrums der Republik Deutsch-Oesterreich ersucht den Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten mit allem Nachdrucke dahin zu wirken, daß auf der Krisidenkonferenz der achtstündige Arbeitstag für alle Kulturstaaten zur Pflicht gemacht werde.

GR. Gussenbauer stellt den Antrag: Auf Gleichstellung der Bezüge der Wiener Lehrpersonen mit jenen, der magistratsbeamten und gibt dem Wunsche Ausdruck, dass zur Vorberatung dieses Gegenstandes Vertreter des Bundes der Wiener Lehrerschaft zugezogen werden.

In derselben Angelegenheit stellt auch GR. Hödl einen Antrag.

GR. Solterer stellt folgenden Antrag: Die Strassenküberung in sämtlichen Bezirken Wiens wird in den Eigentum der Gemeinde übernommen; Die Strassenpflege wird vom städtischen Fuhrwerksbetriebe losgetrennt und als selbstständiger Betriebszweig der magistratischen Bauamtsabteilung VI unterstellt. Die Wagerl- und Kaleschenbeistellung für Dienstfahrten des städtischen Fuhrwerksbetriebes wird im allgemeinen eingestellt; für notwendige dringende Dienstfahrten der Kontrollorgane werden Karten für die städtische Strassenbahn und nur für Kontrollfahrten in den freien unverbauten Gebieten der äusseren Bezirke einzelner Depots je ein Pferd und Wagen zur Verfügung gestellt.

GR. Solterer stellt weiters den Antrag, den Status der Bediensteten der städtischen Gartenbetriebe zu vereinfachen.

GR. Solterer macht in einem eingehend begründeten Antrage eine Reihe von detaillierten Vorschlägen über die zukünftige Entlohnung der städtischen Bediensteten aus Anlass der in naher Zukunft notwendig werdenden Neugestaltung der Lohn- und Gehaltsverhältnisse der Wiener städtischen Bediensteten.

GR. Dr. von Dorn stellt folgenden Antrag: Mit Rücksicht auf die sich stets verschlimmerten und heute bereits unhaltbar gewordenen Friedhofsverhältnisse in Wien und die damit verbundenen sanitären Gefahren und die unerträglich werdenden finanziellen Lasten beschliesst der Gemeinderat ohne Verzug eine Feuerbestattungshalle mit Urnenhalle und Urnenhain zu errichten.

Die Gre. Max Winter, Hellmann und Genossen stellen folgenden Antrag: Durch den Zusammenbruch des Krieges sind jetzt viele militärische zahnärztliche Ambulatorien im Felde, in der Etappe und in Wien frei geworden und es ist sehr zu befürchten, dass die bei dem heutigen Mangel an Rohstoffen sehr wertvolle Einrichtung an Stühlen, Maschinen, Instrumenten entweder verloren geht oder an Händler verschleudert wird. Mit der Neuordnung des Schulwesens, die nicht länger auf sich warten lassen kann, wird die Errichtung von Schulzahnkliniken Hand in Hand gehen müssen, wobei man sich der Mithilfe der Gesellschaft für Zahnpflege in den Schulen fürs erste bedienen könnte. Wenn sich die Gemeinde beizeiten diese Einrichtungen sichern würde, so könnte die Gesellschaft bald an ihre Arbeit gehen. Der Gefahr, dass hohe Preise für die Einrichtung bezahlt werden müssten, dass diese Einrichtung überhaupt nicht zu beschaffen wäre, wäre begegnet. Wie gross der Vorrat an solchen Einrichtungsgegenständen in einzelnen Spitälern ist, dafür nur ein Beispiel: Das Kriegsspital Simmering hat 50 Stühle und 50 Maschinen.

Die GRe. Hermann Fischer, Emmerling und Genossen stellen folgenden Antrag: Nach Zeitungsnachrichten verlangt die Gemeinde Wien <sup>die</sup> Uebergabe der ehemaligen Krongüter Prater, Lobau Augarten u.s.w. ins Eigentum der Gemeinde. In Pratergebiete befinden sich Hunderte Geschäftsleute, die sich bisher in einem, der Sklaverei nahekommenen Pachtvertrage befunden haben, viele hatten bedeutende Investitionen gemacht, obwohl sie immer vor der Gefahr einer dreissigtägigen Kündigung standen, ihr Vermögen, ihre Existenzen täglich vernichtet werden konnte. Nachdem der Prater Besitz der Gemeinde werden soll, wird beantragt, dass unverzüglich nach Uebernahme ins Gemeindegut, dass Eigentum und Besitzverhältnis aller Geschäftsleute im Prater, wie unter freien Menschen neu geregelt wird.

GRin. Bamy Freundlich stellt folgenden Antrag: Seit Jahren besteht die sehr berechtigte Absicht, das städtische Kinderasyl in der Siebenbrunnengasse durch ein neu zu erbauendes Heim für die Kinder zu ersetzen. Die gegenwärtigen Zeitverhältnisse lassen diese Absicht wieder in die Ferne gerückt erscheinen. Die Zustände in diesem Hause sind aber so gesundheitswidrig, dass dennoch in absehbarer Zeit irgendwie anders Rat geschaffen werden muss. Durch den Zusammenbruch des Militarismus eröffnet sich dafür eine Gelegenheit. Es wäre möglich, die gegenwärtig allerdings noch von Kadettenschülern besetzte Infanterie Kadettenschule an der Mitteldorferstrasse für diese Zwecke in Aussicht zu nehmen. In dieser erst vor wenigen Jahren erbauten Anstalt wären die Grundbedingungen gegeben für ein derartiges Kinderasyl. Neben den Küchen- und Schlafeinrichtungen Spiel- und Speiseküchen wären auch geeignete Schulräume da und auch ein grosser Park zur körperlichen Betätigung der Jugend. Wollte man diese Kadettenschule für irgend eine gewöhnliche Unterrichtsanstalt verwenden, so würde eine Reihe von Räumen, die für die Zwecke eines Kinderheimes wie geschaffen sind, brach liegen und andere Einrichtungen wie etwa etwa die Küche und Vorratsräume würden nicht Verwendung finden.

GR. Bernhard Richter ist zum ersten Male im provisorischen Gemeinderate erschienen und leistet die Angelobung.

Es wird hierauf zur Tagesordnung übergegangen.

Demokratische Vereinigung. Durch die Tagesblätter wurde die Mitteilung gemacht, dass die alte liberale Vereinigung der freiheitlichen Gemeinderäte sich jetzt demokratischer Verband nennt. Um Verwechslungen vorzubeugen, sie festgestellt, dass die demokratische Vereinigung, die seit 2 Jahren unter diesem Namen konstituiert ist, aus den Gemeinderäten Goltz, Schäfer, Stein und Bezirksvorsteher Blasel besteht.

GR. Hellmann stellt folgende Anfrage: Die Lehrer Wiens beziehen Teuerungszulagen, die teils aus Summen bestritten werden, die die Stadt vom Staate erhielt und die aus Gemeindegeldern ergänzt werden. Ausgenommen von diesen Zulagen sind jene Lehrer, welche bis jetzt in militärischen Diensten standen. Die Nichtauszahlung der Zulagen an diese Lehrer soll darauf zurückzuführen sein, dass ein diese Zulagen betreffender Beschluss der Gemeinde Wien bis jetzt nicht die Genehmigung des Staates erhielt.

Da es in dieser Zeit der ungeheuren Teuerung ganz und gar unzulässig ist, einer grossen Anzahl von Lehrern das Einkommen zu schmälern, stellen die Unterzeichneten die Anfrage: Ist der Bürgermeister bereit, die Genehmigung jedes Beschlusses beim Staate zu betreiben, und ist er geneigt, den betroffenen Lehrern die Zulagen bis zur Ueberweisung der bewilligten Summen vorschussweise zur Auszahlung bringen zu lassen?

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwidert: Die auf Grund des Gesetzes vom 26. August 1918 vom Gemeinderat in seiner Sitzung vom 15. Oktober 1918 beschlossenen Teuerungszulagen für die Lehrpersonen müssen vom Landesausschuss um an Stelle der Kronen vom Direktorium des Staates genehmigt werden. Über diesbezügliche Akt ist am 16. Oktober also einen Tag nach dem Gemeinderatsbeschluss an den Landesausschuss weitergeleitet, von diesem in der nächsten Sitzung erledigt und dem Landesschulrat übermittelt worden, von dem er an das Staatsamt für Unterricht weitergegeben wurde. Es ist daher meine Pflicht auf Grund dieser Interpellation das Staatsamt für Unterricht zu urgieren, damit dem Wunsche des Herrn Interpellanten Rechnung getragen wird.

GR. Danneberg stellt folgende Anfrage: Bisher galt die Verfügung, dass es für die eingerückten Magistratsbeamten auf die Qualifikation bei der fälligen Beförderung nicht ankommen hat, sondern, dass die Bestätigung des Amtesverstandes darüber genügt, dass der Eingeringte seiner bisherigen Dienstleistung und Gesamtindividualität gemäss die erforderliche Qualifikation erhalten hätte, falls er in Dienstleistung gestanden wäre. Nun verlautet in den Kreisen der Beamtenschaft, dass bei den bevorstehenden Ernennungen dieser Vorgang nicht mehr eingehalten werden wird und dass also die jetzt aus dem Wehrdienste zurückkehrenden Beamten, die nun befördert werden sollen, erst ihre Qualifikation abzuwarten haben, die zu Beginn des nächsten Jahres stattfinden wird. Wenn auch diesen Beamten Rang und Bezüge gewahrt bleiben, so erschiene dieser Vorgang doch geeignet, in den Beamten das Gefühl hervorzurufen, dass sie zurückgesetzt werden. Eine wirkliche Qualifikation ist aber auch

zu Beginn des nächsten Jahres nicht möglich, weil bis dahin nur wenige Wochen neuer Dienstleistung verflossen sein werden.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwidert: Bei den infolge der erhöhten Anrechnung der Kriegsdienstjahre bevorstehenden Ernennungen der Magistratsbeamten im Wege der Zeitbeförderung werden von den eingerückten Beamten ohnedies alle jene sofort zur Beförderung gelangen, die schon die erforderliche Qualifikation besitzen.

Bezüglich derer, welche jedoch nicht die erforderliche Qualifikation besitzen, die zur Zeitbeförderung notwendig ist, muss füglich die nächste Qualifikation abgewartet werden, welche im Sinne der Dienstpragmatik der städt. Angestellten anfangs Jänner durchgeführt wird. Es ist also nur eine kurze Spanne Zeit, bis auch für diese Angestellten die Zeitbeförderung durchgeführt werden kann.

GR. Moissl verweist in einer Anfrage darauf, dass in Karlstift und Umgebung ca. 2 Stunden von der Station Steinbach der Lokalbahn Gmünd entfernt schon vor 2 Jahren gefällte und zum grössten Teile geschnittene grosse Holzmengen liegen, die nur des Abtransportes harren. Der Bürgermeister möge Massnahmen treffen, dass dieses Holz nach Wien komme.

Der Bürgermeister bemerkt, dass dieses Holz für das Flüchtlingslager in Gmünd bestimmt ist. Da die Verhandlungen wegen Uebernahme der Brennholzvorräte der Flüchtlingslager derzeit beim Staatsamte des Innern anhängig sind, werde auch auf die Erfassung der erwähnten Holzmengen Bedacht genommen werden. Ich möchte bei dieser Gelegenheit bemerken, dass eine große Aktion wegen Beschaffung von Holz für Wien eingeleitet ist, so im Lainzer Tiergarten, wo die Schlägerung bereits begonnen hat; dieses Gebiet liegt uns am nächsten, weil die Gemeinde leicht auf Automobilen das Holz abführen kann, ebenso in dem Angebiet des Stiftes Klosterneuburg. Uebrigens findet morgen beim Staatsrat für Landwirtschaft eine Sitzung statt, zu der alle Interessenten geladen sind und bei der eine Menge von ich glaube 150.000 Raummetern Holz für Wien aufgebracht werden soll.

GR. Moissl führt in einer Interpellation aus; dass die Gemeinde die noch nicht verschleppten militärischen Lebensmittelvorräte in Wien beschlagnahmt und gesichert habe, nur diesem Umstande sei es zuzuschreiben, dass diese Vorräte nicht ebenso verschleppt und geplündert wurden, wie die mit anderen militärischen Vorräten geschah. Nun erfahre er, dass die Zentralen diese Vorräte der Gemeinde entwenden und in ihrer alten so ganz und gar nicht bewährten Art und Weise damit herumwirtschaften wollen.

Der Interpellant verlangt schliesslich die unverzügliche Einberufung des Ernährungsausschusses des Gemeinderates.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwidert: Es ist richtig, dass nur durch das Einschreiten der Gemeinde Wien und die Uebernahme der Verwaltung der Verpflegungs Magazine in Wien und Schwabach durch die Gemeinde Wien eine Verschleppung der reichlichen Lebensmittelbestände dieser militärischen Magazine verhindert werden konnte.

Durch die Umgestaltung des Gemeinderates ist auch der Ernährungsausschuss des früheren Gemeinderates außer Funktion gesetzt worden und muß erst wieder neu gewählt werden. Da uns aber doch viele Wahlen bevorstehen, so werde ich mit den Obmännern zusammentreten, um die vielfachen Wahlen, die wir noch vornehmen müssen, durchzuführen.

GR. Moissl stellt folgende Anfrage: Beim Postamt Hauptzollamt laufen tausende von Lebensmittelpaketen der Feldpost nur für Kriegsgefangene ein, die meist unzustellbar sind. Da die dringende Gefahr besteht, dass durch das lange Herumliegen und Anhäufen die Lebensmittel verderben oder verschleppt werden, wird gefragt: Ist der Bürgermeister geneigt, Massnahmen zu treffen, dass diese unzustellbaren Lebensmittelpakete beschlagnahmt und Spitalern oder Kranken übergeben werden.

Bgm. Dr. Weiskirchner erwidert: Ich werde sofort Erhebungen einleiten, und mit dem Generalpostdirektor ins Einvernehmen setzen, damit nicht durch die Saumseligkeit von Beamten Lebensmittel zugrunde gehen. Ich kann nichts beschlagnehmen - der Herr Kollege Moissl ist sehr beschlagnahmestillig - und muß die Gesetze soweit sie im Rahmen des neuen Staates gelten, befolgen.

GR. Moissl stellt an den Bürgermeister die Anfrage, ob er geneigt ist, beim Staatsamt für Heereswesen dafür einzutreten, dass bei der Bestzung von militärischen Posten in Deutsch-Österreich vor Allen jene berücksichtigt werden, die schon vor dem Kriege nach Deutsch-Österreich heimatsberechtigt waren, dass ferner vor Aufnahme anderer Offiziere die wohlverdienenden materiellen Rechte der deutsch-österreichischen Armeemitglieder gesichert werden sollen.

Der Bürgermeister erwidert, dass diese Angelegenheit sich der Kompetenz der Gemeinde entziehe und daß er diese Angelegenheit dem Staatssekretär für Heereswesen übermitteln wolle.

GR. Dr. Hein verweist in einer Interpellation auf die vom Staatskanzler der deutsch-österreichischen Republik vorgeschlagene Wahlordnung für den deutsch-österreichischen Nationalrat, welche hinsichtlich der Einteilung der Wahlkreise für die Stadt Wien eine mit dem richtigen Grundsätze des Verhältniswahlrechtes in Widerspruch stehende Ungerechtigkeit und Unbilligkeit enthalte, durch welche das Bürgertum überhaupt und das freiheitliche Bürgertum insbesondere ausserordentlich benachteiligt werde. Er fragt zum Schlusse, ob der Bürgermeister geneigt sei, der deutsch-österreichischen Regierung die berechtigten Einwendungen weiter Kreise des Wiener Bürgertums gegen die vorgeschlagene Einteilung der Wahlkreise zur Kenntnis zu bringen.

Bgm. Dr. Weiskirchner: Ich weiß nicht, ob die Kreise des Bürgertums gar so weit benachteiligt sind, wie Dr. Hein spricht. Im jetzigen Stadium der Beratungen, soweit sie gediehen sind, kann ich nichts anderes tun, als diese Eingabe dem Staatskanzler Dr. Renner zustellen zu lassen.

GR. Schäfer stellt folgende Interpellation: Im Namen aller Theater, Kinos, Varietes und sämtlicher Vergnügungsgestalten Wiens, im Namen von mehr als 20.000 Personen, die durch die Sperre dieser Vergnügungsgestalten brotlos geworden sind oder es in den nächsten Tagen werden könnten, wird der Bürgermeister gefragt, ob er gewillt ist,

mit Hintansetzung aller Hemmungen, die derzeit dem wirtschaftlichen Frieden zwischen den Tschechen und uns im Wege stehen, sich mit den politischen Führern der in Wien lebenden Tschechoslowaken sofort in Verbindung zu setzen und dieselben zu ersuchen, selbst die sofortige ausreisende Zufuhr von Getreide Kohle für Wien zu verlangen. Es wird gefragt, ob der Bürgermeister geneigt ist, schon morgen die nötige Forderung mit den Wiener Tschechen zu nehmen?

Bgm. Dr. Weiskirchner: Ich habe nicht erst die Anfrage des Gr. Schäfer abgewartet, um mit den zuständigen Vertretern des tschechoslowakischen Staates mich in Verbindung zu setzen. Ich brauche also nicht erst morgen zu gehen, sondern ich bin schon vor Wochen und wiederholt beim Gesandten in unser Gesandnis, um seine Aufmerksamkeit auf die Lage in Wien zu lenken. Die Kommissiön, welcher Vertreter des Staates und der Gemeinde Wien angehören, weilte wiederholt in Prag wo auch gegenwärtig zwischen der Gemeinde Wien und der tschechoslowakischen Regierung Verhandlungen stattfinden, auf deren Ergebnis ich stündlich mit bangter Sorge warte.

GR. Schäfer ermahnt den Bürgermeister in einer Interpellation mit dem ganzen Gewichtswesener Person, dem ganzen Einfluss, den er als Vertreter eines Gemeinwesens von mehr als 2 Millionen Einwohnern hat, beim kompetenten Staatssekretariate die sofortige Aufhebung der Lebensmittelzentralen und die Zuweisung der noch vorhandenen Vorräte an Konsumvereine und freie Lebensmittelhändler zu festgesetzten Preisen zu verlangen.

Bgm. Dr. Weiskirchner: Schon vor einigen Wochen habe ich beim Staatssekretär für Volksernährung vorgeschrieben, welcher sich mit der Frage des Abbaues der Zentralen beschäftigt. Eine Verfügung des Staates über diese Sache ist bisher noch nicht eingetroffen.